

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 20.11.2024

Öffentlicher Teil

TOP 3.6. Bericht zur Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher in Hagen

1089/2024

Kenntnisnahme
zur Kenntnis genommen

Herr Reinke begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Dr. Opterbeck von der Beratungsstelle Rat am Ring im Fachbereich Jugend und Soziales und Frau Weinreich und Herrn Kortwittenborg vom Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz.

Herr Kortwittenborg führt in den Bericht über die Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher in Hagen ein.

Frau Dr. Opterbeck stellt den Bericht vor.

Herr Fischer bedankt sich bei der Verwaltung für diese ausführliche Vorlage. Allerdings müsse er anmerken, dass diese Vorlage keine Zukunftsperspektive beispielsweise in Form der Reduzierung von Wartezeiten beinhaltet. Man habe noch keinen Ansatz gefunden, wie man den Menschen entgegen kommen wolle. Dieser Ansatz fehle ihm in dieser Vorlage. Er sei der Meinung, dass man weiter an dem Thema arbeiten solle. Das sollte seines Erachtens noch ergänzt werden oder in einen Antrag münden.

Herr Reinke dankt Frau Dr. Opterbeck und Herrn Kortwittenborg für den guten Bericht. Er sei dramatisch im Ergebnis. Es zeige das auf, was man immer wieder vermutet und wahrgenommen habe. Aus dem Grund sei der Antrag eingebracht worden, einen umfassenden Bericht zu bekommen. Er gebe Herrn Fischer recht, dass daran noch gearbeitet werden müsse.

Herr Esmeier dankt für den Bericht, der aufzeige, dass gerade durch Corona diese Situation dramatisch verstärkt worden sei. Ihn interessiere zum Thema Schulbesuch, dass den Zahlen zu entnehmen sei, dass sich das Ruhen der Schulpflicht deutlich reduziert habe. Gleichzeitig seien die Fehlzeiten im Vergleich zum letzten Jahr extrem hochgegangen. Er fragt, was der Grund dafür sei.

Frau Weinreich antwortet, dass die Interpretation der Zahlen schwierig sei. Sie beschreibt die derzeitige Situation. Die Problemlagen hätten sich deutlich verschärft.

Frau Köppen dankt für den Bericht, der den Mangel aufzeige. Dabei falle ihr ein, dass es ja das Angebot der Kinder- und Jugendpsychiatrie Herdecke gegeben habe, hier in Hagen eine Dependance einzurichten. Sie habe in einem der letzten Protokolle nachlesen können, dass für Herbst dieses Jahres geplant gewesen sei, diese Plätze im Boeler Krankenhaus anzusiedeln. Gebe es dazu einen Sachstand, über den berichtet werden könne?

Herr Kortwittenborg antwortet, dass er die positive Stimmung, die man seinerzeit verbreitet habe, leider einfangen müsse. Herdecke sei im Moment noch in Gesprächen, ob es überhaupt komme. Man wisse derzeit nicht, woran es liege. Diese acht Plätze fehlten sehr.

Frau Köppen führt aus, dass dem Bericht zu entnehmen sei, dass ein sozial-psychiatrischer Dienst für Kinder und Jugendliche in Hagen sehr helfen könne. Sie fragt, was unternommen werden müsse, um einen solchen Dienst für Hagen zu bekommen.

Herr Reinke erklärt, dass er die Frage von Frau Köppen dahingehend ergänzen wolle, ob nach dem PsychKG etwas vorgeschrieben sei, wie man den Dingen begegnen müsse.

Frau Dr. Opterbeck berichtet, dass diese Frage in einem der Netzwerke in der Koordinationsstelle Präventiver Kinderschutz aufgekommen sei. Das sei das Netzwerk von Frau Gerdes, in dem sich der Psychdienst aus Unna vorgestellt habe. Daher würde sie Frau Gerdes bitten, weiter auszuführen.

Frau Gerdes führt aus, dass der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst des Kreises Unna einen Kinder- und Jugendtherapeuten sowie zwei Sozialarbeiterinnen eingestellt habe. Es habe sich bereits gezeigt, dass das bei Weitem nicht ausreiche. Aus ihrer Sicht gehe es insbesondere darum, eine aufsuchende Tätigkeit auszuführen. Das fehle ihres Erachtens auch in Hagen. Es sei in vielen Fällen notwendig, dass die Diagnostik zu Hause stattfinde oder dass zumindest eine Krisenintervention aufsuchend stattfinden könne. Es wäre notwendig, dass der Familie eine Beratung, eine Begleitung im Prozess und während der Nachsorge zur Seite stehe. Sie gehe davon aus, dass es dafür in Hagen einen großen Bedarf gebe.

Herr Reinke dankt Frau Gerdes für die Ausführungen. Er fragt Herrn Kortwittenborg, ob es Überlegungen im Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz gebe, so etwas einzurichten.

Herr Kortwittenborg erklärt, dass der Sozial-psychiatrische Dienst in Nordrhein-Westfalen gesetzlich verankert sei. Dort beginne es allerdings erst bei achzehn Jahren. Man habe im Oktober eine Psychotherapeutin eingestellt. Dafür sei man sehr dankbar, weil man bereits nach kurzer Zeit den Erfolg sehe, den sie mit ihrer Arbeit erzièle. Er sei der Meinung, dass das auch für Kinder und Jugendliche wichtig sei. Je eher man damit anfange, desto besser sei es. Das einzurichten, sei absolut positiv. Es sei aber eine Frage der Personalausstattung.

Frau Besten fragt, ob man feststellen könne, aus welchen Stadtteilen diese Jugendlichen hauptsächlich kämen. Könne man davon ausgehen, dass es die Stadtteile seien, aus denen sozial benachteiligte Familien kämen?

Frau Weinreich macht deutlich, dass man davon ausgehen könne, dass das überwiegend diese Stadtteile betreffe.

Herr Reinke geht davon aus, dass man einen hohen Prozentsatz auf den Folien von Herrn Awilme zu TOP 3.4 wiederfinden werde.

Er habe noch eine Frage zum Schulpsychologischen Dienst, der in dem Bericht auch dargestellt sei. Er habe wahrgenommen, dass Frau Dr. Hülser Hagen verlassen habe und nach Bochum gewechselt sei. Er fragt, wie die Personalsituation im Schulpsychologischen Dienst derzeit sei.

Frau Dr. Opterbeck berichtet, dass die Stelle von Frau Dr. Hülser zwei Mal ausgeschrieben worden sei. Leider sei keine Bewerbung darauf eingegangen. Es handele sich um eine Landesstelle. Die Landespsychologen würden alle verbeamtet. Leider seien alle Förderstellen für die Beamten vom Land in die Schulen zu den Lehrern angesiedelt worden. Dadurch habe man leider die Situation, dass diese Leitungsstelle immer noch gleich besoldet würde wie eine Mitarbeiterstelle. Unter diesen Konditionen habe sich leider niemand beworben. Gleichzeitig habe man zwei weitere Landesstellen durch Elternzeit nicht besetzt. Das Land habe sich nicht dazu durchringen können, diese unbefristet auszuschreiben. Man habe leider auf dem Stellenmarkt eine Situation, dass sich Psychologen/Psychologinnen die Stellen aussuchen könnten und nie-

mand mehr befristete Arbeitsverhältnisse eingehen. Zum Stellenumfang könne sie sagen, dass man zwei kommunale Stellen und sechs Stellen äquivalent auf Landesseite hätte. Die anderen Stellen seien besetzt.

Herr Reinke erklärt, dass es beängstigend sei, zu hören, dass drei Stellen vakant seien. Er bedankt sich abschließend für den Bericht und die Erläuterungen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

- Zur Kenntnis genommen